Protokoll eines erzwungenen Abgangs

Autor(en): **Engel, Barbara**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **39 (2012)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-911181

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Protokoll eines erzwungenen Abgangs

Kaum ein Ereignis in der Schweiz hat in den vergangenen Jahren international so viel Aufmerksamkeit erregt wie der erzwungene Rücktritt des Schweizer Notenbankpräsidenten Philipp Hildebrand Anfang Januar. Noch sind die Hintergründe der Affäre nicht völlig ausgeleuchtet, eines ist aber bereits klar: Die Liste der Verlierer ist lang.
Von Barbara Engel

Der Mann hatte keine rechtlichen Verfehlungen begangen, gehen musste er trotzdem, denn den Beweis seiner Unschuld konnte er nicht liefern. Das war am 9. Januar 2012. Philipp Hildebrand stand vor den Medien im Bundeshaus und erklärte, er sei, angesichts der andauernden öffentlichen Debatte rund um die Finanztransaktionen auf seinen Konten, zum Schluss gekommen, «dass es nicht möglich ist, einen abschliessenden Beweis zu liefern, dass meine Frau ohne mein Wissen die Devisentransaktionen am 15. August veranlasst hat. Für diese Aussage stehe ich mit meinem Ehrenwort ein». Und dann sagte Hildebrand, was die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer nicht hören wollte: «Im Bewusstsein der aktuellen Schwierigkeiten, denen wir als Land gegenüberstehen, und angesichts meiner Verantwortung für das Amt und für die Institution Schweizerische Nationalbank habe ich mich entschlossen, mein Amt per sofort zur Verfügung zu stellen.»

Spekulieren, reden, schweigen

Rückblende: Am 23. Dezember 2011 veröffentlichte der Bankrat der Schweizerischen Nationalbank (SNB) eine eigenartige Mitteilung. Man sei Gerüchten nachgegangen, wonach die Frau von Nationalbank-Präsident Philipp Hildebrand Insidergeschäfte im Devisenbereich getätigt habe, liess die Bank verlauten. Mehr nicht. In einigen Schweizer Medien wurde in der Folge natürlich über die Insidergeschäfte und einen «Dollar-Deal» spekuliert, doch die Berichte waren allesamt mit vielen Fragezeichen versehen und brachten keine Klärung.

Das nächste Kapitel begann am 1. Januar 2012: Sonntagszeitungen berichteten, SVP-Nationalrat Christoph Blocher stehe hinter den Vorwürfen gegen den Präsidenten der SNB. Natürlich wurde Blocher zu dieser These befragt, doch er wollte sich nicht erklären: «Es gibt eine Zeit zu schweigen und eine Zeit zu reden. In dieser Sache ist für mich nun die Zeit zu schweigen», sprach er in die Mikrofone der Journalisten und verabschiedete sich mit vielsagendem Lächeln.

Freiwillig erklärte sich danach die Ehefrau von Philipp Hildebrand: Sie, Kashya Hildebrand, habe ohne das Wissen ihres Mannes Dollarkäufe getätigt, teilte sie mit. Es sei für sie als einstige Investmentbankerin, als Galeristin und amerikanisch-schweizerische Doppelbürgerin normal, solche Geldgeschäfte in Eigenverantwortung zu tätigen.

Eine Lüge sei das, schrieb drei Tage später die «Weltwoche». Herr Hildebrand habe die Devisenkäufe selber getätigt. Beweise für diese Behauptung lieferte das Blatt keine, bezeichnete Hildebrand dennoch als «Lügner und Gauner». Die Hetzjagd war eröffnet.

Die Protagonisten

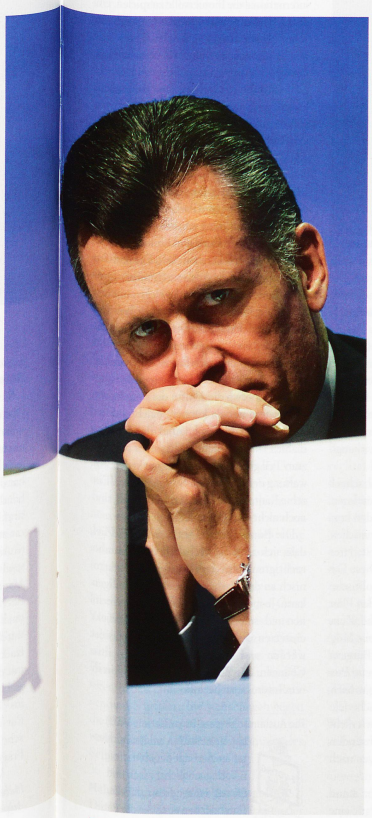
Neben Philipp und Kashya Hildebrand, SVP-Nationalrat und alt Bundesrat Christoph Blocher sowie den zwei «Weltwoche»-Redaktoren Roger Köppel und Urs-Paul Engeler spielten noch ein paar andere Personen wichtige Rollen in dieser Affäre: Ein Informatik-Mitarbeiter der Bank Sarasin und dessen Freund Hermann Lei, Anwalt und SVP-Kantonsrat im Thurgau, sowie die damalige Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey.

Die Finanzaktivitäten der Familie Hildebrand waren unter den Angestellten der Bank Sarasin offenbar ab und zu ein Thema – auch in den Kaffeepausen. Gerüchte zu Devisenspekulationen und Dollar-Deals machten die Runde. Warum aber besagter Informatik-Mitarbeiter eines Tages Kontenblätter der Hildebrands kopierte, diese aus der Bank schmuggelte und seinem Anwalts-Freund Hermann Lei übergab, ist bis heute unklar. Was man weiss: Von Lei gelangten die gestohlenen Bankdaten direkt zu Christoph Blocher. Dieser informierte schliesslich Bundespräsidentin Calmy-Rey über «illegale Bankgeschäfte» der Hildebrands. Doch er informierte nicht nur Calmy-Rey, die Papiere gelangten auch zur «Weltwoche». Das Resultat davon: Der eingangs beschriebene Auftritt von Nationalbank-Präsident Hildebrand, aber auch epische und teils verlogene Diskussionen um Recht und Ethik, um Erlaubtes und Verbotenes, um Lügen und Moral.

Die Liste der Fragen im Zusammenhang mit dieser Affäre ist lang. Was hatte den Bank-Informatiker dazu getrieben, Bankauszüge zu kopieren und das Bankgeheimnis zu verletzen? Warum ging Christoph Blocher mit diesen «Beweisstücken» zur Bundespräsidentin und nicht zum Bankrat, dem zuständigen Aufsichtsorgan? Gelten für den Präsidenten der SNB andere Massstäbe als für gewöhnliche Leute oder für Politiker? Oder genügt es auch bei ihm, wenn er sich an vorhandene Reglemente und an Gesetze hält? Es stellen sich auch Fragen wie: Darf man, nach dem Motto «Der Zweck heiligt die Mittel», zu rechtswidrigen Mitteln greifen, um vermeintliches Unrecht aufzudecken? Oder anders ausgedrückt: Ist es legitim, das Bankgeheimnis zu verletzen, um mögliche Verfehlungen des Notenbankpräsidenten öffentlich zu machen?

Eine Reizfigur

Die Nationalbank-Affäre ist noch nicht zu Ende. Die Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat werden versuchen, die Hintergründe auszuleuchten. Gerichte werden sich mit grösster Wahrscheinlichkeit ebenfalls mit den Vorgängen befassen. Auf viele Fragen werden wohl auch sie keine befriedigende Antwort finden. Einiges lässt sich trotzdem bereits einordnen: Philipp Hildebrand ist eine Reizfigur, weil er in vieler lei Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung ist. Nach heutigem Kenntnistand hat er nie die Unwahrheit gesagt – «einen erstaunlichen Mangel an Urteilsvermögen über die Angemessenheit gewisser privater Finanztransaktionen» hat er laut der «NZZ» allerdings an den Tag gelegt.



Philipp Hildebrand anlässlich der Generalversammlung der SNB

Die Vermutung, dass dieses Verhalten nur ein vordergründiger, aber hochwillkommener Anlass für die Hetze gegen ihn gewesen sei, ist oft geäussert worden. Hildebrand war schon länger im Visier der SVP. Er hatte 2008 eine wichtige Rolle bei der Rettung der UBS gespielt und setzte sich danach vehement und erfolgreich für strengere Regeln und höhere Eigenkapitalvorschriften für Schweizer Banken ein. Das Stichwort lautet «Too-big-to-fail»-Vorlage. Den Zorn der SVP auf sich gezogen hatte er auch mit seinem vehementen Eintreten für einen Milliardenkredit der Schweiz an den Internationalen Währungsfonds. Und nicht zuletzt missfiel seine Währungspolitik der Führung der Volkspartei. Mit verschiedenen Mitteln wurde deshalb versucht, die Unabhängigkeit der SNB einzuschränken und der Politik Einfluss zu verschaffen. Zwei Beispiele: Im Juni 2011 verlangte SVP-Nationalrat Hans Kaufmann mittels Motion, der Bundesrat müsse das Nationalbankgesetz so ändern, dass die Quote der Eigenmittel und Währungsreserven mindestens 40 Prozent der Bilanzsumme betrage. Drei Monate später wurde von der SVP die Volksinitiative «Rettet unser Schweizer Gold» lanciert. Fachleute betrachten die Anliegen als Disziplinierungsmassnahmen – aber auch als Massnahmen, welche für die Wirtschaft der Schweiz katastrophale Auswirkungen haben könnten. Massiv eingeschränkt würde bei den Vorstössen beispielsweise die Möglichkeit für Interventionen zur Festlegung von Mindestwechselkursen, wie sie die SNB zurzeit praktiziert.

Laut dem geltenden Mandat ist die Nationalbank verpflichtet, die Preisstabilität im Land zu gewährleisten und dabei der konjunkturellen Entwicklung Rechnung zu tragen. Darin unterscheidet sich die SNB kaum von anderen Notenbanken. Allerdings können die Institute dieses Mandat nur erfüllen, wenn ihre Entscheide unabhängig erfolgen, unbeeinflusst von kurzfristigen politischen Überlegungen. Philipp Hildebrand hatte sich vehement für diese Unabhängigkeit der SNB eingesetzt. Er wurde deshalb von SVP-Vertretern zunehmend zum Feind der wahren Schweiz und des Schweizervolks stilisiert.

«Schmutzige Politaffäre»

Die Affäre Hildeband sei «eine der schmutzigsten Politaffären der jüngeren Schweizer Geschichte, die nur Verlierer kennt», schrieb das Wirtschaftsmagazin «Bilanz». Zu den Verlierern gehören die Nationalbank und das Bankgeheimnis, aber auch Christoph Blocher und die Medien. Dem Ruf und dem Prestige der SNB auf internationaler Ebene schadet die Affäre sicher. Auf das Bankgeheimnis und die Diskretion – einst die grossen Trümpfe der Schweizer Banken – wird sich niemand mehr verlassen wollen, wenn kleine Mitarbeiter problemlos Bankkundendaten kopieren und weitergeben können. Zu den Verlierern gehört wie erwähnt auch Christoph Blocher. Der alt Bundesrat wurde mit seinen sich mehrfach widersprechenden Aussagen zum Treffen und der Information der Bundespräsidentin als Lügner entlarvt, und er steht im Verdacht, gestohlene Bankdaten für ein Komplott missbraucht zu haben. Eine unrühmliche Rolle spielte auch die «Weltwoche». Sie gilt zwar seit Jahren als mediale Kampfmaschine der SVP, in dieser Affäre hat das Blatt mit den unbelegten Anschuldigungen gegen Hildebrand unterstes Niveau erreicht.

Erschüttert hat die Affäre auch das Vertrauen Vieler in die Politiker und Wirtschaftsvertreter: Reflexartig gingen diese in Deckung, als die Schlammschlacht gegen Hildebrand losging, kaum jemand machte sich öffentlich stark für den davor viel gelobten Chef der SNB. Erst als er vom Amt zurückgetreten war, kamen öffentliche Stellungnahmen. Die Worte von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann fassen die Stimmung gut zusammen: «Ich bedauere sehr, dass es so weit gekommen ist.»

BARBARA ENGEL
ist Chefredaktorin der «Schweizer Revue».